

**Nr. 18/17 vom 26.11.2018**

## **European Energy Colloquium**

### **Zukunft der Kohle – Wie kann der Wandel gelingen?**

**Brüssel. Im Herbst 2017 etablierte die Europäische Kommission die „Coal Regions in Transition Platform“, die ähnliche Aufgaben zu erfüllen hat wie die deutsche WSB-Kommission. Dies nahm das Forum für Zukunftsenergien e.V. in Kooperation mit der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Anlass, im Rahmen des „European Energy Colloquium“ am 21. November 2018 in Brüssel darüber zu diskutieren, welche Bedeutung der europäischen Debatte für die deutschen Kohlereviere zukommt und wie der Strukturwandel auch mit Unterstützung der europäisch geführten Diskussion gelingen kann.**

Die Zukunft der deutschen Kohlereviere könne nur in einer wissenschaftsbasierten und innovativen Wirtschaft liegen, so Erich Unterwurzacher, Direktor in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission. Nach Einführung in die Thematik durch Dr. Bernd Biervert, stellv. Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič sowie ehrenamtlicher Vorsitzender des „European Energy Colloquium“, betonte Unterwurzacher, dass die EU, neben der Verpflichtung zum Schutz des Klimas, ebenfalls anerkenne, dass sich aus dieser Problematik Herausforderungen im Sinne eines Strukturwandels ergeben. Zu deren Bewältigung sei eine vereinfachte, flexible und ergebnisorientierte Kohäsionspolitik ein wichtiger Pfeiler. Gerade der derzeit in der Diskussion stehende mehrjährige Finanzrahmen der EU lege einen großen Fokus auf die regionale Förderung von Forschung und Entwicklung sowie den Ausbau von Infrastrukturen. Dabei gelte der Grundsatz, dass es keine einheitliche Strukturpolitik für jedes Revier gebe, sondern jede Region differenziert betrachtet werden müsse. Zusätzlich warnte er davor, einen sektoralen Strukturwandel zu fördern. Vielmehr müssten interdisziplinäre Teams, wie z.B. in der Coal Region in Transition Platform angelegt, neue Perspektiven für die Reviere herausarbeiten.

Die Coal Regions in Transition Platform der EU sei wichtig, um den Austausch von „best-practices“ zu fördern, hob Hans H. Stein, Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der EU, hervor. Des Weiteren setze sich das Land NRW mit Nachdruck dafür ein, dass auch der Europäische Ausschuss der Regionen sich dem Thema Strukturwandel stärker annimmt. Ferner unterstütze man den Impuls des Europäischen Parlaments zugunsten eines EU-Fonds für eine gerechte Energiewende. Stein legte dar, dass neben den direkt betroffenen Beschäftigten auch die indirekt Betroffenen berücksichtigt werden müssten, insbesondere die energieintensiven Industrien in NRW. Insgesamt sei es wichtig, neue Perspektiven für die Regionen zu entwickeln, doch diese bräuchten ausreichend Chancen und Zeit. Stein zeigte sich ausdrücklich zuversichtlich, dass der angestrebte Wandel zu meistern sei. So seien beispielsweise bereits Gespräche zur Ansiedlung der Batterieherstellung in NRW geführt worden.

Torsten K. Bork, Geschäftsführer der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, machte deutlich, dass es wichtig sei, nicht nur nach regionalen oder nationalen Lösungen für den Strukturwandel zu suchen, wie es derzeit die WSB-Kommission tue. Vielmehr müsse der Strukturwandel als europäische Herausforderung betrachtet werden – in Deutschland sei der europäische Gedanke in der Debatte allerdings nicht präsent. Die größte Herausforderung sei es, die Menschen der Regionen beim Strukturwandel mitzunehmen. Alle weiteren Maßnahmen müssten sich dieser Herausforderung

unterordnen. Zudem stellte Bork klar, dass man die grundsätzliche Entscheidung zu einem Kohleausstieg nicht mehr kommentieren müsse. Vielmehr gehe es allein um die Frage, wie damit umzugehen ist.

Der Präsident des RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, erläuterte, dass nationale Alleingänge zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen letztlich ineffizient seien und die einzig wirksame Alternative ein globaler, die Verbrauchssektoren übergreifender CO<sub>2</sub>-Preis sei. Den aktuell diskutierten, ordnungsrechtlich verfügbaren Kohleausstieg bewertete Prof. Dr. Schmidt als denkbar ungeeignete Lösung, der vor allem die Herausforderungen für die Reviere erhöhe. Derzeit arbeite das RWI im Auftrag des Landes NRW an einem Projekt zur Bewertung der Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste aufgrund einer vorzeitigen Beendigung der Kohleverstromung.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments Dennis Radtke (EVP) und Arne Lietz (S&D), Erich Unterwurzacher und Dr. Bernd Biervert mit Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V.. Radtke sprach sich vehement gegen einen raschen Ausstieg aus der Kohleverstromung aus. Die hierzu geführte Diskussion lasse Aspekte wie die Versorgungssicherheit, die Wirtschaftskraft der betroffenen Regionen und die sozialen Belange der Arbeitnehmer in den verschiedenen Industriezweigen unberücksichtigt. Als Alternative den Fokus lediglich auf das Stichwort "Digitalisierung" zu legen, sei unzureichend. Vielmehr komme es darauf an, hochwertige, tarifgebundene Arbeitsplätze zu schaffen und nicht bloß in Aussicht zu stellen. Jobs im Mindestlohnsektor seien inakzeptabel. Dies müsse erste Priorität haben, denn es gehe um das Rückgrat der deutschen Wirtschaftskraft. Arne Lietz plädierte dafür, die CO<sub>2</sub>-Bepreisung zum Inhalt von Freihandelsverhandlungen zu machen. Dies könnte der Hebel für einen globalen CO<sub>2</sub>-Preis sein. Dr. Biervert merkte dazu an, dass es aufgrund des Mehrheitssystems der EU bei Finanzfragen sehr unwahrscheinlich sei, einen einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis in der EU durchzusetzen. Bezüglich der zukünftigen Arbeitsplatzangebote in den betroffenen Regionen setzt Lietz auf Innovationen und verwies in diesem Zusammenhang auf Innovationsprojekte wie das CARBONTRANS-Projekt des Fraunhofer-Instituts im Chemiepark Leuna. Dies sei ein Treiber für Chancen im Mitteldeutschen Revier. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments forderte er auf, die Reviere als Innovationszentren zu begreifen und weniger pessimistisch zu sein. Erich Unterwurzacher betonte in der Diskussion, dass es augenblicklich ein zeitlich begrenztes „window of opportunity“ gebe. Daher sei es wichtig, dass das Europäische Parlament zügig über den Vorschlag der Europäischen Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen entscheidet.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

Wir danken der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union für die Gastfreundschaft und PRO BRANDENBURG e.V. für die Unterstützung.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

#### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.      Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0

Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
Twitter @FfZeV